

Bezugspreis:
Bretteljähr. 30.—, Monatl. 10.—,
für das Haus, voraus abbez.
bezug Monatlich 10.—, etc.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Mittwoch, den 10. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Reichsverordnung gegen wilde Streiks.

Berlin, 10. November. Unter dem heutigen Tage ist folgende Verordnung des Reichspräsidenten ergangen:

Verordnung des Reichspräsidenten
betreffend die Stilllegung von Betrieben, welche die
Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität versorgen.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung
verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicher-
heit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas,
Wasser und Elektrizität versorgen, sind Ausperrungen und
Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zu-
ständige Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch gefällt
hat und seit der Verkündung des Schiedsspruchs mindestens
drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Ausperrung
oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung
eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrich-
tungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige
Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert
wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 M.
bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzu-
lässige Ausperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Ausperrung oder Arbeitsnieder-
legung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise still-
gelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Not-
standsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie
alle Verwaltungsmassnahmen zu treffen, die zur Versorgung
der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes ge-
eignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Ver-
sicherung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die
durch beratliche Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem
Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, welche in Ver-
letzung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den genannten
Betrieben weiterführen oder gemäß § 2 angeordnete Not-
standsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstands-
versorgung leisten, dürfen dierfür in keiner Weise wirt-
schaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in
Kraft.

Berlin, den 10. November 1920.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.

Der Reichskanzler.
gez. Fehrenbach.

Der wilde Streik der Elektriker wird heute oder morgen
so oder so sein Ende finden, und man kann jetzt schon von
ihm sagen, daß er kein Ruhmesblatt in der Geschichte der
Deutschen und der deutschen Arbeiterbewegung gewesen sein
wird. Wenn die kommunistische Betriebsrätezentrale jetzt ver-
süßelt, der Streik, der anfangs ein reiner Lohnkampf ge-
wesen sei, wackte sich zu einem politischen Machtkampf
aus, so sei demgegenüber festgestellt, daß es sich für
die Drahtzieher der Bewegung von vornherein darum
gehandelt hat, einen Schlag gegen die Gewerkschaften und gegen
die sozialistische Verwaltung Groß-Berlins zu führen. Mit
Vorbedacht haben sie diesen Streik gegen die Arbeiterbewegung
und gegen den Sozialismus angezettelt und von vornherein
waren sie entschlossen, ihn solange zu verwickeln, bis die
Gegenwehr in Form eines koalitionslosen Einvereins geradezu
herbeigewungen war. Dann hatte man die schönste Gelegen-
heit, zum Kampf gegen die städtische Verwaltung aufzurufen,
die Geschichte der linksradikalen Bewegung um eine
neue Niederlage zu bereichern, neue Verheerung und Zer-
störung in die gesamte Arbeiterbewegung hineinzutragen.

Durch die soeben erschienene Verordnung des
Reichspräsidenten ist der erste Zweck erreicht. Obwohl
notwendigen Betrieben aufrechterhält und nur einer Schädigung
der Gesundheit durch terroristische Bewegungen vorbeugen
will, wird es an wilden Schändereien gegen diesen
„Gewaltstreik der Ebert-Revolution“ nicht fehlen. Was weiter
folgen wird, ist allerdings ungewiß. Am Montag erleben
an allen Strecken ein armes Volk, unterzeichnet von
den U.S.B., R.P.D., A.M.P.D.-Fraktionen der „revo-
lutionären Arbeiter“, daß zum Generalstreik auf-
forderte. Recht erklären die Drahtzieher der linken U.S.B. und
der R.P.D., daß ihre Unterschriften gefälligst gemacht
seien. Die Leitung der R.P.D. erklärt die Generalstreikparole
für einen Schlag ins Wasser und erklärt, es müsse nicht
heißen: „Raus aus den Betrieben!“ sondern „Einzug in
die Betriebe!“ Die Arbeiter müßten unter Leitung der Be-
triebsräte — also etwa aus jener, die mit gefälliger Unter-

Schrift zum Generalstreik gehen? — die Produktion
weiter fortsetzen und die Unternehmer hinauswerfen.

Auf den gegenwärtigen Streikfall angewendet, würde
das heißen, daß die Gemeinde Groß-Berlin als Eigentümerin
der Licht- und Kraftzentralen zugunsten der in diesen Be-
trieben beschäftigten Arbeiter enteignet würde. Das heißt,
sozialistische Betriebe würden wieder dem Privatbetrieb
überantwortet werden, an die Stelle der Sozialisierung
würde die Syndikalisierung treten.

Die überraschende Befehle der R.P.D.-Zentrale zum
Syndikalismus ist freilich nur eine Verlegenheitswendung.
Die R.P.D.-Zentrale hat erkannt, daß die Generalstreikparole
Blödsinn ist, sie kann sie aber nicht aufheben, ohne eine andere
möglicherweise „revolutionärer“ Klingende auszugeben. Das
scheint ihr freilich nicht gelassen zu haben, denn die General-
streikparole geht ungeduldet ihrer Abmahnung weiter.

Der ganze Vorgang wirkt ein bezeichnendes Licht auf die
an Auflösung grenzende Verwirrung, die im Hauptquartier
der überradikalen Linken herrscht. Niemand weiß noch, wer
Koch und wer Kellner ist. Parolen werden ausgegeben, um
wieder zurückgezogen zu werden. Raus aus den Kartoffeln,
ein in die Kartoffeln, raus aus den Betrieben, ein in die Be-
triebe — das ist die Methode, nach der diese bewährten
Schlachterverleger ihren betörten Arbeiteranhang zum
„Sieg“ führen.

Die ungeheure Mehrheit der Arbeiterklasse hat indessen
längst erkannt, daß es sich um eine von Anfang an hoffnungs-
los verfluchte Bewegung handelt und daß den streikenden
Arbeitern gar nichts anderes übrig bleibt, als in Reich und
Glied der gewerkschaftlichen Disziplin zurück-
zuführen. Sie läßt sich nicht einreden, daß die sozialistische
Gemeindeverwaltung von Groß-Berlin ein hartnäckiger Ar-
beitgeber ist, der auf seinen Geldböden sitzt und seine Ar-
beiter hungern läßt. Die sozialistische Gemeindeverwaltung
wird auch ohne äußeren Zwang alles tun, was in ihren
Kräften steht, um allen gerechten Forderungen ihrer Arbeiter
entgegenzukommen. Durch das beliebte „Weitertreiben der
Affäre“ kann die Sache der Arbeiter nur noch mehr geschä-
digt werden, als dies durch das gewissenlose Treiben der
wilden Streikheute bisher schon geschehen ist.

Könnte heute eine Volksabstimmung in Berlin oder auch
nur eine Abstimmung unter der Industriearbeiterklasse Groß-
Berlins vorgenommen werden, so würde sich zeigen, daß neun
Zehntel den wilden Streik verdammen und die radikalste Minder-
heit zu geordneten Zuständen wünschen. Den streikenden
Arbeitern bleibt vernünftigerweise nichts anderes übrig, als
diesem Wunsch Rechnung zu tragen und mit denen Abrech-
nung zu halten, die sie in diese Sackgasse hineingekickt haben.

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist auf Grund
Art. 48 der Verfassung erlassen. Sie ist danach aufzuheben,
falls der Reichstag dies verlangt. Ein entsprechendes Ver-
langen wird jedenfalls von kommunistischer Seite gestellt wer-
den und im Reichstag zu lebhaften Auseinandersetzungen
führen.

Sicherlich wäre eine reichsgerichtliche Ordnung dieser
Materie einer Verordnung vorzuziehen gewesen. Das Be-
denkliche der Verordnung besteht nicht so sehr in ihrem In-
halt selbst, als in der ihr innewohnenden Tendenz zur Er-
weiterung. Als im März 1907 in Paris ein Elektrikerstreik
ausbrach, ordnete Clemenceau das Einsetzen von Genietruppen
an. Nauré besämpfte diese Verfügung mit dem Hinweis
darauf, daß sie einem Schutz privatrechtlicher Interessen
als gleichgültig. Vorüberweise müßten Betriebe, die
auf solche Weise geschützt würden, in den Gemeinbesitz
überführt werden.

Die Verordnung des Reichspräsidenten betrifft tatsäch-
lich Betriebe, die in Deutschland fast ausschließlich in Gemein-
besitz überführt worden sind, ganz besonders trifft dies auch
für den Fall Groß-Berlin zu. Gegen eine Ausnutzung der
dieser Verordnung innewohnenden Tendenz zum Schutz privatrechtlicher
Interessen müßten Betriebe, die
auf solche Weise geschützt würden, in den Gemeinbesitz
überführt werden.

Noch keine Verständigung.

Die Verhandlungen mit den Elektrikalarbeitern haben bis
zur Stunde noch zu keiner Verständigung geführt. Die streikenden
Arbeiter verharren weiter im Streik und sind heute vormittag zu-
sammengetreten, um über die durch die Abstimmung der Gemeinde-
arbeiter veränderte Situation zu beraten. Das Ergebnis dieser
Versammlung liegt noch nicht vor.

Die Vertrauensleute der Bureauhilfsarbeiter, die
dem Magistrat bis heute vormittag 10 Uhr Zeit zu einer Erklärung
geben haben, ob er bereit ist, mit ihnen über weitere Gehalts-
erhöhungen zu verhandeln, werden am Nachmittag zusammentreten.

Für den Fall, daß der Magistrat nicht geneigt sein sollte, über den
Schiedsspruch des städtischen Einigungsamtes, der den Hilfsange-
stellten eine Zulage von 20 Pf. pro Stunde gewährt, hinauszugehen,
werden die Hilfsangestellten morgen eine Abstimmung vor-
nehmen, durch die festgestellt werden soll, ob unter diesen Umständen
der Streik sofort zu proklamieren ist.

Gewaltsame Erzwingung des Streiks.

Eine große Anzahl fremder Arbeiter drangen heute mittag
zwischen 12 und 1 Uhr in die Gasanstalt IV, Danziger-
Straße, ein und verlangten, daß die Gasanstaltsarbeiter noch
einmal über den Streik abstimmen. Dem Drängen dieser
Leute folgend wurde auf Verlangen des Betriebsrates diese
Abstimmung sofort vorgenommen mit dem Ergebnis, daß
der Streik erneut abgelehnt wurde. Nach einiger
Zeit drangen etwa 1000 Arbeitslose in die Gas-
anstalt IV ein, setzten gewaltiam den Betriebsrat ab
und verlangten die Einsetzung eines politischen Arbeiter-
beirates, der von den Arbeitslosen sofort gestellt wurde.
Daraufhin wurde der Streik in der Gasanstalt IV
proklamiert. Die Staatsbehörden sind hiervon in
Kenntnis gesetzt.

Das Verfahren, das hier eingeschlagen wird, muß für die
Arbeiter zu schlimmen Folgen führen, wenn sich die or-
ganisierte Arbeiterschaft nicht selbst zur Wehr
setzt gegen unverantwortliche Terroristen. Geht es
nicht, so muß die gesamte Arbeiterschaft mit der Gefährdung
ihres Koalitionsrechts rechnen.

Die wilden Streiks der Gasarbeiter.

Die Gasarbeiter in Charlottenburg und Tegel
verharren nach wie vor im Streik. In der Gasanstalt Char-
lottenburg hielten die Arbeiter am Dienstagvormittag eine
Betriebsversammlung ab, in der entsprechend der Parole des
Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter über die
Wiederaufnahme der Arbeit Beschluß gefaßt werden sollte.
Die Vorsitzenden der kommunistischen „Betriebsorganisation“
wuhren jedoch die Stimmung der Anwesenden zu beein-
flussen. Ein Tegeler Gasarbeiter, der den Verhandlungen
beizuwohnen wollte, gab die Erklärung ab, daß die Tegeler Gas-
arbeiter sich mit den Charlottenburgern solidarisch er-
klärten und ebenfalls weiter streikten. Daraufhin wurde
auch in dem Charlottenburger Gaswerk der Beschluß gefaßt,
die Arbeit weiter ruhen zu lassen. Der Direktion
wurde lediglich mitgeteilt, daß bis auf weiteres Notstands-
arbeiten ausgeführt würden. Daraufhin begaben
sich Deputationen der Charlottenburger Streikenden in die
Berliner Gaswerke und versuchten dort, allerdings
ohne Erfolg, die Arbeiter zu bewegen, in einen Sympathie-
streik zu treten.

Der Kampf um den Generalstreik.

Die auf dem linken Flügel der radikalen streikenden Arbeiter-
gruppen versuchen, die wilden Streiks der Elektrikalarbeiter-
und Gasarbeiter anzunehmen, um die Arbeiterschaft Berlin in einen poli-
tischen Generalstreik zu treiben. Nachdem in den letzten Nächten in
den Straßen Aufrufe angeschlagen wurden, die zur Wahl revolutionä-
rer Arbeiterräte und zur Proklamierung des Generalstreiks auf-
forderten — syndikalistische Wähler, die von den Arbeitern beim
Lesen der Aufrufe nicht weniger verächtlich wurden — versuchten Stroh-
trupps dieser radikalen Gruppen, heute vormittag den Generalstreik
auf andere Weise zu erzwingen. In das Verwaltungs-
gebäude der Berliner Organisation des Deutschen
Metallarbeiterverbandes drang eine Anzahl R.P.D.-
und Arbeiterunion-Leute ein und verlangte von der Organisations-
leitung, daß sie den Generalstreik proklamiere. Als
dies abgelehnt wurde, wurden die Revolutionäre tätlich und
mußten zum Hause hinausgeworfen werden, was um so
leichter gelang, als sie sich vor einem ihnen entgegengehaltenen Revo-
lutionär zurückzogen.

Der Vorgang zeigt, in welcher gewissenloser Weise sich revolu-
tionäre Arbeitergruppen, die vom Organisationsleben keinen
besseren Schimmer haben, immer wieder versuchen, die Arbeiterschaft
in politische Konflikte zu verwickeln. Bei der Bedeutungslosigkeit
dieser Gruppen ist auf einen Erfolg nicht zu rechnen, vorausgesetzt,
daß die Arbeiter die Besinnung bewahren und den Herren die richtige
Antwort geben.

Die Angestellten zum Streik.

Da am Montag die Betriebsversammlung der Angestellten der
St. G. W. mit Rücksicht auf die noch schwebenden Verhandlungen der
Arbeiter mit dem Magistrat verschoben wurde, fand am Dienstag
vormittag 11 Uhr diese Versammlung statt. Gleich zu Anfang wurde

seitens des Angeklagtenrates den Kolleginnen und Kollegen und Herz gelegt, nicht in den Streit zu treten mit Rücksicht auf die ganze politische Lage und mit Rücksicht auf den wilden Streit, den die Elektricitätsarbeiter vom Jaune gebrochen hatten, trotzdem nach Verhandlungsmöglichkeiten vorhanden waren. Es wurde nach einer eingehenden Diskussion eine Resolution angenommen, die besagt, daß, da aus Grund des Beschlusses der im Streit befindlichen Handarbeiter der Städtischen Elektricitätswerke über Abbruch oder Weiterführung des Streiks mit der Tarifgemeinschaft der Verbände in Verhandlungen zu treten sei, die Angeklagten der Werke die Vorauszahlung für einen Sympathiestreik nicht mehr für gegeben hält. Es wurde weiter auf die finanzielle Lage von Groß-Berlin hingewiesen.

Der bekannte Arbeiterrat Syll war zu dieser Versammlung geladen, um sich wegen der gegen ihn in den Zeitungen erhobenen Anschuldigungen zu verantworten und sich auch über die ganze Streiklage zu verbreiten. Da er alle Anschuldigungen bestritt, wurde ihm aus der Versammlung gegerufen, er möge doch die besitzenden Zeitungen verklagen, was er auch tun wollte. Es wurde ihm weiter vorgehalten, er wäre der einzige, der jetzt in der Lage wäre, den Streik abzugeben, seinem Einfluß wäre dies möglich und er würde seitens des Angeklagtenrates sowie aus der Mitte der Versammlung heraus aufgefordert, diesen Weg einzuschlagen. Darauf gab Syll unumwunden zu, daß er die Kasse nicht mehr in Händen habe, daß es auch nicht seine Arbeit sei, den Streik abzugeben, daß dies vielmehr Arbeit der beteiligten Organisationen wäre.

Die nationale Revolution.

Gefährnisse der „Deutschen Tageszeitung“.

Es lohnt sich im allgemeinen nicht, auf das Gezeiger und Gefläss einzugehen, womit die reaktionäre Presse die Wiederkehr des 9. November in ihren Stalten begehrt. Nur aus dem Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ verdienen ein Gefährnis und eine Drohung festgehalten zu werden. Das Gefährnis lautet:

Gewiß hätten wir den Frieden wohl nur noch unter schmerzlichen Opfern erlangen können; und gewiß hätte der Krieg ebenfalls sehr schwere Lasten auf das deutsche Volk geladen und seine geistliche und physische Kraft erschüttert.

Das klingt etwas anders als die Behauptung alldemokratischer Reaktionen, daß wir in dem Krieg nicht besiegt worden wären und ohne die Revolution immer noch hätten liegen können. Die Drohung am Schluß aber geht davon aus, daß das deutsche Volk die November-Revolution noch einmal versuchen werde:

In diesem Tage wird die nationale Revolution in Deutschland geboren werden, die die Rechte unseres Volkes in neuer nationaler Erhebung zusammenfaßt. Die nationale Revolution des deutschen Volkes, die allein zwischen ihm und seinem zukünftigen Untergang steht, die unsere Hoffnung ist, wie die antimoderne Revolution vom 9. November Deutschlands Verderben war.

Die „nationale Revolution“ ist ja durch die Herren Papst und Lüttich schon einmal verfaßt worden. Demnach mußte die „Deutsche Tageszeitung“; als die Sache aber klief gegangen war, behauptete sie, nicht das mindeste damit zu tun zu haben. Die oben wiedergegebenen Zeilen zeigen nun wohl mit genügender Deutlichkeit, was von jener Ablehnung zu halten ist. Sie kennzeichnen die Behauptung der Deutschnationalen, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, als puren Schwindel.

Schwere Anschuldigungen.

Der Geschäftsordnungsausschuß des bayerischen Landtags beschäftigte sich gestern mit dem Gesuch des Justizministeriums um Genehmigung zur Einleitung der Strafverfolgung gegen den Bauernbundsangeordneten Gandorfer wegen Untreue. Es wurde nachgewiesen, daß bei den im Dezember 1918 vom Landeshauerrat durchgeführten Pferdebesitzungen ein erheblicher Teil der in der eingegangenen Erlöse nachträglich in Kriegsanleihe umgewandelt und der infolge des niedrigeren Kursstandes erzielte Uberschuß von etwa 200 000

Mark zurückbehalten wurde. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft besteht der begründete Verdacht, daß Gandorfer als Vorsitzender des Bauernrates erheblich an dieser Veruntreuung von Staatsgeldern beteiligt war. Die Verfolgung des Landtagsgenerechmigte die Strafverfolgung Gandorfers, die nach dem Beschluß des Ausschusses eingeleitet werden soll.

Dieser Mitteilung folgt B.Z. mit unverkennbarem Behagen folgenden Schlußsatz hinzu: Aus dem Schreiben des Justizministeriums geht noch hervor, daß nach Mitteilung der Geschäftsstelle für Heeresgut Gandorfer vor einigen Wochen bei einer Sitzung im Landwirtschaftsministerium zugegen war, daß 600 000 M. durch Hineinschieben von Kriegsanleihe in die Verzeichnisse von Pferdebesitzungen erzielt worden seien; diese Summe sei auf Anforderung von Eisner und Genossen für die Finanzierung der Revolution verwendet worden.

Es gibt keine Nachricht, mag sie noch so unwahrscheinlich klingen, die nicht von Wolffs Bureau in alle Welt hinausgeschmettert wird, wenn sie nur geeignet ist, dem Ansehen der Revolution Abbruch zu tun. Bei objektiver Prüfung wird man zugeben, daß die Finanzierungsverhältnisse der „Eisnerischen Revolution“ reichlich unwahrscheinlich klingen. Man will offenbar Rückschlüsse schöpfen oder — die ganze Angelegenheit in eine Reihe zurückziehen, in der die „Ordnungsregierung“ noch nicht am der Spitze Bayerns stand, gilt doch gewissen Beuten Korruption als eine Erscheinung, die nur in der „Schieberrepublik“ zutage treten kann.

Polizeidebatte im bayerischen Landtag.

In der Vollziehung des Bayerischen Landtags entwickelte sich bei dem Bericht des Untersuchungsausschusses über den Fall Dohner eine sehr lebhaft geführte Debatte, wobei der unabhängige Abg. Gareis zu der Schlussfolgerung gelangte, daß Dohner tatsächlich befreit werden sollte und daß die Polizei von einer Kommission zur Vergütung der Waffensache, die sich auch mit der Befreiung von Menschen befaßt. Abg. Held (Bayr. Sp.) wandte sich scharf gegen die Vorstellungen von Gareis. Er werde beweisen, daß es sich in der ganzen Sache um den Versuch handle, gewisse Denunziationen bei der Entente auszuführen. (Stürmische Zwischenrufe bei den U. Soz.) Staatssekretär Dr. Schwenker wies die Anschuldigungen des Abg. Gareis, als ob bayerische Beamte in strafbarer Weise gegen das Entwaffnungsgesetz verstoßen hätten, zurück. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen wurde schließlich der Beschluß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom Hause zur Kenntnis genommen.

Die heute beginnende politische Debatte wird Ministerpräsident v. Kahr mit einer Regierungserklärung einleiten.

Eine Erklärung Scherichs.

An die Mitglieder der Orgesch richtete der Leiter der Organisation, Landesvorsitzmann Scherich eine Erklärung, in der er die Richtigkeit der Wittermeldungen hinsichtlich des Verbotes der Orgesch durch den preussischen Innenminister in Zweifel zieht (1) und die Mitglieder auffordert, sich nicht vom Wege abbringen zu lassen, unbesümmert gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Wenn man die langatmige Erklärung des Organisationsleiters der Gegenrevolution auf ihren richtigen Inhalt zurückführt, so kann man die Worte Scherichs nicht anders denn als Kampfanzeige gegen die verfassungsmäßige preussische Regierung ansehen.

Brigade Erhardt in Bayern.

Keine Mißhite der Lokomotivführer.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Ihrer geschätzten Zeitung unter dem 8. 11. Abendausgabe finden wir unter „Brigade Erhardt in Bayern“ eine Meldung, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der Lokomotivführerverband bei einem etwaigen Generalstreik den Betrieb der Eisenbahn übernehmen würde.

Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Ein bayerischer Lokomotivführerverband existiert nicht. Der Bezirk Bayern der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer wird

von solchen Männern geleitet, von denen wir die feste Überzeugung haben, daß sie zu allem anderen wie zu einem beruhtigen Schritt fähig wären.

Wir legen Wert darauf, eine Berichtigung in Ihrem geschätzten Blatt wiedergzufinden.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer. Scherichsbericht.

Wir nehmen mit großer Genugtuung zur Kenntnis, daß die Lokomotivführer jede Gemeinschaft mit den Rechtsputschisten ablehnen. Da in unserer telegraphischen Meldung nur von einem „Lokomotivführerverband“ die Rede war, so nahmen wir an, daß es sich um irgendein bedeutungsloses gelbes Grüppchen handeln würde. Wenn aber neben der „Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer“ eine andere Organisation gar nicht besteht, so werden wohl die Rechtsputschisten hier wie oft sich einfach Detaillone zugegeben haben, die in Wirklichkeit gar nicht hinter ihnen stehen.

Die Freundin der Verleumder.

Im redaktionellen Teil der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir folgende Notiz:

Der betribigte Reichspräsident. Im Infertentell der vorliegenden Nummer ist eine Ehrenerkundung zweier Meiserder Einwohner für den Herrn Reichspräsidenten Ebert veröffentlicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat diese Erklärung ausgenommen, um die Meiserder Herren vor gerichtlicher Bestrafung zu schützen, da der Herr Reichspräsident den Abbruch gerade in dieser Zeitung zur Bedingung für die Zurücknahme seines Strafantrags gestellt hatte. Wir unsererseits hätten die Zurückgezogenheit, deren sich der Reichspräsident seit einiger Zeit fastvoll befleißigt, auch weiterhin respektiert, wenn er sie nicht in dieser Angelegenheit selbst durchbrochen hätte. Nunmehr oder bald wir unsere Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß der Herr Reichspräsident gerade auf die Leserhaft der „Deutschen Tageszeitung“ hinsichtlich der Beurteilung seiner Person besonderen Wert legt. Daraus ist wohl der Schluß erlaubt, daß es ihm auf die Meinung der nationalen Kreise in erster Linie ankommt.

Wir entnehmen diesen Zeilen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Zurücknahme einer gewissenlosen und leichtfertigen Verleumdung des Reichspräsidenten nur deswegen bringt, um die Verleumder vor Strafe zu schützen, nicht, weil ihr selber daran liegt, eine Verleumdung richtig zu stellen. Woher die Sympathie der „Deutschen Tageszeitung“ für gewissenlose Verleumder sozialdemokratischer Staatsmänner herrührt, das wird sich unschwer jeder erklären können, der die „Deutsche Tageszeitung“ dauernd liest. Wenn sie sich aber einbildet, daß es Genossen Ebert auf die Meinung der „nationalen Kreise“ besonders ankomme, so scheint sie nicht die einfache Tatsache zu kennen, daß die Nichtigstellung einer Verleumdung nur in den Kreisen Zweck hat, wo solche Verleumdungen systematisch ausgeteilt, verbreitet und mit Wonne geglaubt werden. Und die „Deutsche Tageszeitung“ weiß am besten, daß ihre „nationalen Kreise“ mit den Kreisen der Ehrabschneider und Verleumder schlechthin identisch sind.

Hehe gegen Scheidemann.

Der seit Jahren in Kassel geführte Kampf für und gegen Oberbürgermeister Scheidemann nimmt neuerdings sehr verschärfte Formen an. Die Reichsagende des Genossen Scheidemann gegen die Reichswehr und seine scharfe Kritik des Verhaltens eines Teils der Offiziere laide der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ vor einigen Tagen Veranlassung zu einem außerordentlich geschäftigen Artikel gegen Scheidemann gegeben. Daraufhin erklärte das sozialistische „Volkblatt“ in einem Artikel, daß dadurch unzureichend zu einem Aktentat verführt werden könnten. Gestern hat sich nun der Kasseler Magistrat mit der Angelegenheit beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, in welchem der erwähnten Zeitung der dringende Rat erteilt wird, sich einer sachlichen Kampfmethode zu bedienen. Veranlassung zu diesem Schritte habe die Befürchtung gegeben, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Kassel gefährdet werden könnte.

Schiller in der Gegenwart.

Zum Geburtsstage Schillers am 10. November.

Von Paul W. Eisold.

Der Dichter der naturalistischen Epoche schuf die Welt noch in den bestehenden Formen, er gelatte, anregte und bestimmte durch die harte Expansion des sozialistischen Gedankens, die Wirklichkeit in ihren realistischen Farben, in ihrer Gegenständlichkeit zwischen Kunst und Welt (Eubermund „Ehre“), in den besonders trassen Verhältnissen gewisser Industriekategorien (Gauptmanns „Weber“, „Vor Sonnenaufgang“). Die Prinzipien des Naturalismus wollten jedem Ding, jeder Erscheinung, jeder Meinung ihr relatives Recht lassen, auch das Dasein in sich selbst. Das war ihre ethische Schwäche. Sie waren nicht mit allen Mitteln befreit, eine Veränderung der bestehenden Zustände herbeizuführen, sie fanden ihr Vergehen in der Schilderung der Zustände, in möglichst getreuen Kontexten der Wirklichkeit. Der Dichter unserer Zeit aber ist der Kämpfer, der große Umwälzer der Welt. Er will die Wirklichkeit zerstören, vernichten, um aus deren Trümmern eine neue Welt aufzubauen. Eine Welt mit der Herrschaft des Geistes über Vermoderung und Materialismus, eine Welt der ausgeprägten Souveränität des Ich, des Individuums, des schöpferischen Menschen. In der Entwicklung des Dramas zeigt sich deutlich der Gang des Kampfes, erst das Annehmen des Bürgerrechts und dann des „bieren“ Ständes, des Proletariats. Es zeigt sich auch, wie der Dichter immer mehr der Kritiker der bürgerlichen Gesellschaft geworden ist, wie er mit Satire und Hohn, mit der überbenden Kraft seines gezeichneten, wütenden Herzens gegen die Mauern der Tradition und der wackelnden Felsens anknüpft. Er sieht es, sich außerhalb der Grenzen der Gesellschaft zu stellen, auf die Seite der von der Gesellschaft Ausgestoßenen, (Wiederfind.) Nicht mehr um kleine, hässliche Dinge geht es in seinen Dramen, nicht einen Ausnahmefall, einen Abriß aus dem Leben will er schalten; der Menschheit große Vorkämpfer, die ewigen Konflikte, bewegen sein Herz, der Kampf zwischen Vater und Sohn, der Kampf des Mannes, der Unberührtheit mit den durch die Wirklichkeit aufgeworbenen Normen, die fundamentale Frage, ob die Form der menschlichen Gemeinschaft einer Erneuerung, einer Veränderung bedarf.

Und nun Schiller! Können sich nicht alle diese Dichter auf Schiller, den großen politischen Dichter, berufen? Eine merkwürdige Konvention besteht. Der junge Schiller und auch der gereifere leben ein überraschendes Vorbild. „Phäule und Liebe“, die Tragedie des Kampfes, „Mäurer“, Sturm gegen die bürgerliche Gesellschaft, „Don Carlos“, Kampf der Väter und Söhne... ja, das „Lied an die Freude“ erscheint auch rein formal als von einem unserer Dichter geschrieben, bewegt sein Herz, der Kampf zwischen Vater und Sohn, der Kampf des Mannes, der Unberührtheit mit den durch die Wirklichkeit aufgeworbenen Normen, die fundamentale Frage, ob die Form der menschlichen Gemeinschaft einer Erneuerung, einer Veränderung bedarf.

Erlebnis aller, zum Typus, weiten, so ist auch Schiller von einer großen Selbstlosigkeit gegen die Natur erfüllt, er glaubte sogar einmal, die Natur werde vom Geist befreit werden.

Aber: war er auch noch mit solch hohem Drama nach Freiheit, nach einer Umgestaltung der Gemeinschaft, einer Erneuerung und Erhöhung des Menschens, befaßt, er vernahm nie den Segen der Ordnung, er hätte das Chaos, da es das Nichts gebäre. Und er wußte, daß von außen her eine Umgestaltung nur ein halber Erfolg bleiben müßte, wenn nicht auch von innen, vom Menschen aus, die Elemente der neuen geistigen Orientierung in die Bewegung hineingetragen würden. Darum war sein Ziel auf den neuen Menschen, auf den harmonischen Menschen gerichtet. Damit steht Schiller wieder mitten in einem Zentralproblem der Gegenwart: der Kampf um den menschlicheren, den gesunden, harmonischen Menschen.

Und noch ein anderes müßten unsere Revolutionäre bedenken: daß Schiller auch der Idee eine noch so weite Auswirkung und Durchsetzung, immer hielt ihn wie eine mütterliche Hand der harte Sinn für das Reale von einem Verflüchtigen in nebelhafte Gebiete der Utopie ab, immer wußte er die Einschränkung zur Wirklichkeit zu behalten: Ich und Welt, Natur und Geist, Form und Stoff mußten sich im vollendeten Kunstwerk wechselseitig ergänzen. Freiheit und Wesenmächtigkeit waren keine Widersprüche mehr. Alle Naturgesetze mußten sich dem Geist unterwerfen. Schiller kannte und dachte die Gefahr (ausgleich die Gefahr des Expressionismus): einseitig zu werden. In Stoffformat sich zu wiederholen. Die „unendliche Aufgabe“, das vollendete Kunstwerk, müssen den künstlerischen Menschen immer weiterreiben, ein erreichtes Ziel ist zugleich neue Frage. Die Mannigfaltigkeit der Dinge ist nur das Material, das der Geist gestalten soll. Schiller füllte sich immer wieder mit neuem Weltgefühl. Die Uebermacht des Geistes muß sich am unendlichen Stoff betätigen.

Nicht bereuen sein soll aber auch hier die Reife: Schiller war es, der im „Lied von der Glocke“ die geistige Fundamentierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung schuf, der Arbeit um Lohn und Ruhe. Der den (allerdings in gräßliche Verzerrung entarteten) Sacher schuf, diese Zusammenstellungen von Selbstverleumdung, Verwundung, Unfreiheit und als unbedachte Eigenschaft, Unmenschlichkeit. Schiller, der den Schöpfer, wo die Masse sei, sei auch der Unstimm, und der beim Anblick der französischen Revolution in die Worte ausbrach: Eine große Epoche hat das Jahrhundert geboren; aber der große Moment findet ein kleines Geschick!

Doch eine jede Zeit wird mit anderen Voraussetzungen an das Objekt herantreten, und andere Fragen werden andere Antworten verlangen.

Konkurs der Leipziger Volkshöhe. Nach kaum einjähriger Schließzeit acht die Leipziger Volkshöhe einem unheimlichen Ende entgegen. Auf Antrag der Kiessgesellschaft „Kau für Volkshöhe“ der Hausbesitzerin der Volkshöhe, ist der Konkurs über das Vermögen der Höhe verhängt worden. Die Forderungen dieser Gesellschaft aus Pacht, anteiligen Paulosen usw. belaufen sich auf circa 1 500 000 M. Damit ist ein Werk zu Ende gegangen, das zu höherem berufen war, und zwar ist es ein Opfer der ungünstigen Verhältnisse geworden. Die Leipziger Volkshöhe war keine Volkshöhe im eigentlichen Wortsinne.

Massenauflösung. Seit einigen Wochen ist wilder Konfliktationsgeist über die Staatsanwaltschaft gekommen. Künstlerisch wertvolle Bücher fallen ihm zum Opfer. Vor einigen Tagen erschienen zwei Verlagsausgaben des expressionistischen Verlags Steegemann in Hannover, der sich durch die Schenkung der „Eiberggäule“ einen Namen gemacht hat. Jetzt wurden im Verlag Guritt von der Staatsanwaltschaft folgende Werke beschlagnahmt: Heinrich Hille, Zwanglose Geschichten mit Lithographien; Friedrich Schiller, Der Venuswagen mit Lithographien von Louis Corin; J. A. Hundsmans, Gildes des Raits mit Lithographien von Willi Heiger; Gottfried August Bürger, die Königin von Golconda mit Lithographien von Louis Corin; Jüdisches Habelbuch Kontado Lantoro mit Lithographien von Rich. Jansbur; Alfr. Mich. Meyer, Das Adregerer Mädchen mit Lithographien von Georg Walter Kühner; Henri de Rod, Der Nord im Rosenkranz mit Lithographien von Franz Christoph; Rich. Guritt als Verleger und Alfred Richard Meyer als Herausgeber erheben öffentlichen Protest gegen diese Gewaltmaßnahme, die sich nicht nur gegen Dichter und Künstler ersten Ranges richtet, sondern prinzipielle Bedeutung für unsere gesamte künstlerische Freiheit haben können. Ein Teil der Büchertitel läßt erraten, daß die Staatsanwaltschaft wegen erotischer Dinge gegen die Schriften vorgreifen sich bemüht fühlte. Der Verlag sollte Anlaß nehmen, die Presse, die in dieser Sache Partei zu ergreifen hat, scheinung mit den Schriften bekannt zu machen.

Der Genfianerfolg der Verhaftung. Die Genossen, die Georg Kallers Verhaftung mit ihrem Namen verbunden hat, hat ihm gleichzeitlich einen unvorstellbaren Erfolg bereitet. Seit dem Tage seiner Verhaftung ist sein Verleger von den deutschen Bühnenleuten um die Heberstellung von Bühnenrechten seiner Dramen geräuschlos überhört worden. Nicht weniger als 170 Abschlüsse für Aufführungen seiner Werke sind seit Kallers Verhaftung „netztigt“ worden.

Altkunst oder Spoliation? Als Kunst- und Theater-Reservant im Berliner Volkshöheprädium in der Anstalt der Verhaftung. Die Genossen, die Georg Kallers Verhaftung mit ihrem Namen verbunden hat, hat ihm gleichzeitlich einen unvorstellbaren Erfolg bereitet. Seit dem Tage seiner Verhaftung ist sein Verleger von den deutschen Bühnenleuten um die Heberstellung von Bühnenrechten seiner Dramen geräuschlos überhört worden. Nicht weniger als 170 Abschlüsse für Aufführungen seiner Werke sind seit Kallers Verhaftung „netztigt“ worden.

Horizonte. In der Urania bricht heute abend 8 Uhr in der Reihe der Sternkundlichen Dr. Schiller über „Ebelgase und elektrische Beleuchtung“.

Eine Plaisance-Weddingfeier findet im Zirkus-Raum Donnerstag 1/2 Uhr statt. Darius D. ist sprich über den Dichter, Gedicht Ruhe realisiert aus seinen Werken, Anna Rechner singt sechs Teile von Hugo Raum vertonen Lieder.

Theater. Anfolge von Entnahmen im Veronal wird am Freitag in den Deutschen Overnhaus anstelle der angekündigten Vorstellung „Tilland“ gegeben.

Die Artie Gezeiten bespiel auf ihrer Generalversammlung, die Freitag stattfand, daß der Zusammenhalt der Mitglieder schließt. Statutenmäßig wurde der Vorstand wie folgt neuorganisiert: Walter Fench, Enrico de Aret, Rosa Handmann, Heinrich Deuler, Karl Doler, Alfr. Guritt, Wolf Hühner, Willy Stoger, E. A. Weh.

Die Burg Elm, die kürzlich durch Feuer erheblichen Schaden erlitt, soll wieder aufgebaut werden. Der ursprüngliche Quartier dient gewahrt

Hermes Bankrotterklärung.

Im Hauptauschuss des Reichstags wurde heute die Debatte über die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Abg. Dufasse (D. P.) tritt zunächst den gestrigen Ausführungen der Abg. Hoch (Soz.) und Dr. Herz (N.S.D.) entgegen. Nach ihm nimmt Reichsernährungsminister Hermes ab dann Stellung zu verschiedenen Ausführungen der Redner. Dieser habe sich herausgestellt, daß nicht alle Landwirtschaft hinter den landwirtschaftlichen Organisationen ständen, so daß die Regierung selbst vermittelnd eingreifen müsse. Dadurch solle das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und landwirtschaftlichen Organisationen aber nicht berührt werden. Die Ernte, besonders in Roggen, sei zwar sehr schlecht gewesen, damit allein liege es aber nicht die mangelhafte Kultivierung des Bestandes erklären. Die Situation sei außerordentlich ernst. Der Schleichhandel in Weizen nehme einen riesigen Umfang an. Der Minister appelliert an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften liege, um die Dinge nicht so weiter treiben zu lassen. Wenn vielleicht auch Strafen nicht ausreichende Hilfe schaffen werden, so bleibe der Regierung schließlich doch nichts übrig, als mit Strafen vorzugehen.

Die Halberstädter sei nicht ungenügend. Sollte in der nächsten Zeit nicht genügend abgeliefert werden, so müsse eben ein Zwangsverfahren zur Lieferung von Mindestmengen eingeführt werden. Was die Landwirtschaft betrifft, so hat der Minister nie das Bestreben der landwirtschaftlichen Kreise noch der Reichsregierung verstanden. Käme es zur Freigabe, so würde der Zucker ins Ausland strömen. Die Ernährungsaussichten für den Winter sind schwierig, aber nicht trübselig. Die Schwierigkeiten sind entstanden durch den Übergang von der Zwangsverwaltung in die freie Wirtschaft und dieser Schritte mußte (1) einmal getan werden, damit die produktiven Kräfte der Nation sich entspannen können (??).

Krise in der C. G. T.

Jouhaux und der Vorstand demissionieren.

Paris, 10. November. (WZ.) Im Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) wurde gestern eine Tagesordnung, die sich gegen die Extremisten aussprach, mit 79 gegen 25 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen angenommen. Im Verwaltungsrat beabsichtigte diese Mehrheit nicht, Jouhaux sowie seine Kollegen vom Verwaltungsrat geben ihre Demission. Es wird aber angenommen, daß die Streitigkeiten heute beseitigt werden können, wenn der Nationalrat seine Verhandlungen fort.

Durch seine Demission will der Verwaltungsrat einen Druck auf die Gesamtsorganisation üben, damit sie sich einmütiger und entschlossener von den Extremisten löse. Jouhaux ist nämlich nicht gewillt, die „kommunistischen Zellen“ gewähren zu lassen und will den Ausschluß dieser Gemeindeführer beschließen lassen, ehe es zu spät sei.

Jouhaux' Bericht vor der C. G. T.

Eine Ruhrbesetzung durch nicht gerechtfertigt.

Paris, 10. November. (WZ.) Nach „Paris-Matinee“ (dem offiziellen Organ der französischen Gewerkschaften, die Red.) hat Jouhaux in der gestrigen Sitzung des Nationalrates der C. G. T. über die Ergebnisse der im Ruhrgebiet von Vertretern der Gewerkschaftsinternationale veranstalteten Enquete mitgeteilt, daß die Ernährungsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung des Ruhrgebietes besorgniserregend seien. Er habe sich von dem elenden Zustand der Kinder überzeugt; es solle die gesamte jüngere Generation sei unterernährt, es solle die an den notwendigsten Gegenständen, namentlich aber an Milch. Jouhaux sagte, es sei die Pflicht der internationalen Gewerkschaften, auf Sicherstellung ausreichender Ernährung der Genossen im Ruhrgebiet zu drängen. Der Nationalrat schlug schließlich eine Resolution vor, die gegen die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes protestiert, und in der die elende Lage der Bevölkerung, namentlich aber die unter den Jugendlichen herrschenden Krankheiten geschildert werden.

Botschafterkonferenz und Dieselmotoren.

Paris, 10. November. (WZ.) Die Botschafterkonferenz hat eine Sitzung abgehalten, der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten teilnahm. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Frage der Liquidierung des deutschen Kriegsmaterials und hörte darüber den Bericht zweier Vertreter der Wiedergutmachungskommission. Außerdem beschäftigte sich der Botschafter mit der Frage der Lieferung der Dieselmotoren. Die getroffenen Entscheidungen werden baldigst der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

Die „Arbeiterzeitung“ über den Wiener Parteitag

Wien, 10. November. (WZ.) Bei Besprechung der Ergebnisse des sozialdemokratischen Parteitages hebt die „Arbeiterzeitung“ insbesondere die Einmütigkeit der Beschlüsse betreffend die Einheit der Partei und den Austritt aus der 3. Welt Internationalen, sowie die Ablehnung des Eintritts in die Dritte Internationale hervor und erklärt, die Einheit der Partei könne nur erhalten werden, wenn die Partei einen mittleren Kurs wähle und nicht nach rechts und nicht nach links zu weit abweiche.

Aus Lenins Wunderland.

Moskau, 10. November. (WZ.) Ein Dekret des Rates der Volkskommissionen schafft sämtliche Zahlungen für wirtschaftliche Leistungen des Staates ab. Steuererlassen sollen die Abgaben für Gas, Elektrizität, Wasser und Telefon, sowie die Kosten für öffentlichen Bauten. Spätestens am 1. Januar werden die Zahlungen für den Passagier- und Güterverkehr abgeschafft.

Wilson gegen Debs' Freilassung!

Amsterdam, 9. November. (WZ.) Einer Mitternachtsmeldung aus New York zufolge hat Wilson ein Gesuch um Begnadigung des wegen Einverständnisses mit dem Feinde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidenten der Schiffslandarbeiter Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß, wenn in diesem Falle Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermutigung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde.

Bei den Gemeinderatswahlen in Jena erhielten die beiden Reichsparteien 8, die Demokraten 3, die Sozialdemokraten 7 und die Kommunisten 2 Sitze. Der Gemeinderat setzt sich im kommenden Jahre aus 18 Ratsmitgliedern (bisher 12), Demokraten 5 (7), Sozialdemokraten 14 (16), Unabhängigen 1 (5), Kommunisten 4 (—) zusammen.

Der Danziger Vertrag unterschrieben. Gestern fand in Paris die Unterzeichnung der Verträge zwischen Polen und Danzig statt.

Unsere Revolutionsfeiern.

Die Feiern zum zweiten Jahrestag der Revolution, die der Bezirksverband für Groß-Berlin gestern veranstaltet hatte, fanden unter sehr reger Beteiligung statt. Sie verliefen ruhig und ohne Störung, mit Ausnahme von unwesentlichen Zwischenfällen, die von einigen neukommunistischen Kabaubühnern inszeniert worden waren. Im ganzen boten die Veranstaltungen ein Bild lebendiger Feiern im schönsten Sinne des Wortes. Die Festreden ließen Erinnerungen aufsteigen an die uns allen noch bewußten gewaltigen Veränderungen der Wiederaufbauarbeit. In die Friedensbrüche der Orient, die wir alle täglich spüren; in den Zustand der Unsicherheit, der der jungen Republik das Leben schwer machte. Aber trotzdem blieb sie bestehen und wird sie bestehen bleiben, weil sie lebenskräftig ist. Ferner verschafften Redaktionen und Vorträge den Zuhörern angenehme Stunden, deren Zahl durch ein gefälliges Zusammenkommen der Genossen noch erweitert wurde. Alle Feiern aber waren im höchsten Maße gehalten, der Bedeutung des Tages gemäß. Die Veranstaltungen dauerten, was der Tag für sie bedeutete und seine Feiern war zugleich ein Bekenntnis zur Freiheit, zur Demokratie und zur Republik und das stärkste Zukunftsaussprechen und Zukunftshoffnungen, denn was man schätzt, wird man auch schätzen.

Das Wolffsche Telegraphen-Bureau, das in Groß-Berlin über sehr unzuverlässige Botenverbindungen zu verfügen scheint, läßt sich bemühen mitzutheilen, daß unsere gestrigen Feiern „nur mäßig besucht“ waren. Uebereinstimmend sprechen unsere Berichte, wie auch eingangs erwähnt, von sehr reger Beteiligung. Einige Sätze waren besonders in den Abendstunden überflüssig, so daß jeder nicht lediglich vom Schreibeisch aus arbeitende Berichterstatter sich leicht davon hätte überzeugen können. Wenn der Mitteilung des Wolff-Bureaus nicht eine bewußte Absicht zugrunde liegt, so darf man ihr zum mindesten den Vorwurf der Belchfertigkeit nicht ersparen.

In der Bodbrauterei sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer über das Thema „Der 9. November und die Revolution“. In der Verlesung hatte sich eine große Anzahl radikaler Elemente, zumeist Neukommunisten, eingefunden, durch deren Verhalten der ordnungsmäßige Verlauf der Veranstaltung gefährdet wurde. Richard Fischer führte aus: Der 9. November war die glänzendste Rechtfertigung der Haltung der Sozialdemokratie während des Krieges. Wenn die Arbeiterklasse heute unter denselben Voraussetzungen sich in der gleichen Lage befände wie am 4. August 1914, würde sie genau so handeln wie damals. Die Unabhängigen haben nie den wahren Charakter dieses Krieges als Wirtschaftskrieg erkannt. Nur ein Narr kann behaupten, daß England, Frankreich und Amerika für die Befreiung der Völker kämpften. Der Kampf der U.S.A. gegen die Imperialisten beruhte auf der falschen Voraussetzung, daß Deutschland allein den Krieg verschuldet habe und das einzige Friedenshindernis bildete. Der 9. November war nicht der Tag einer Revolution, die von der Sozialdemokratie vorbereitet und gemacht war, sondern er war der Tag des Zusammenbruchs des alten Regimes. Wenn die Soldaten damals den Willen zum Kampf gehabt hätten, dann wären die Arbeiter, und wären sie noch so wohlhabend gewesen, zusammengebrochen worden. Von der Arbeiterklasse hängt es jetzt ab, ob die Republik erhalten bleiben soll. (Zuruf: Ihr lobt den Kaiser!) Wir sind stolz darauf, daß wir die Grenzen in unseren Reihen haben. Die Kominternorganisation geht zugrunde, weil sie nicht die Unterführung der Landbesitzer hat. Die Haltung der radikalen Elemente veranlaßt schließlich den Vorsitzenden, die Diskussion ein Ende zu machen und die Versammlung für geschlossen zu erklären.

Im Reichsklub Brenzlauer Tor eröffneten die Genossen mit einer imposanten Straßendemonstration ihre Feiern des Revolutionsjahres. Von den Wirkungskraften marschierten die Männer, Frauen und Jugendlichen in gekleidetem Zuge unter Vorantrieb zahlreicher Banner nach dem Versammlungsort, der Brunnerer Allee. Durch die Schenkung aller, wo die einzelnen Gruppen zusammenfanden, bewogte sich schließlich ein gewaltiger Zug der mit seinen roten Farben dem Strahlenbilde ein festliches Gepräge gab. In der überfüllten Versammlung sprach Genossin Bohm-Schuch in der ihr eigenen schlichten, herzlichen Weise. Umsofort wurde der Vortrag durch Kampfschreie der Partei, vorgetragen vom Gesangsverein der Kämpfer. In geschlossenem Zuge verliefen die Besucher auch wieder die Versammlung. Auf dem Helmsplatz wurde der imposante Zug nach einem Wort der Genossen Weber mit einem donnernden Hoch auf die Sozialdemokratie entlassen. — Am Abend fanden sich die Genossen überaus zahlreich im gleichen Lokale zu einer künstlerischen Veranstaltung zusammen. Die Darbietungen des Trau-Trios, der Sängerin Hrl. Busch, des Herrn Maden vom Deutschen Theater und des Gesangsvereins der Kämpfer fanden den berechtigten Beifall der Zuhörer. Ein trefflicher Kampfschrei war die Forderung der Frau Dr. Wegscheider.

Im Gewerkschaftshaus erschien lange vor Beginn der Versammlung des 5. Kreises ein geschlossenem Trupp Moskauer. Sie besetzten die vordere Hälfte des Saales. Unsere Parteigenossen, die zur festgesetzten Zeit erschienen, bekamen die ungenügende Nähe, ein Teil von ihnen fand in dem vollbesetzten Saal überhaupt keinen Platz mehr. Die Moskauer verlangten einen Korreferenten aus ihren Reihen und parteilichen Anteil am Bureau. Als der Versammlungsleiter diesem Ansinnen widersprach, machten die Moskauer Lärm und verhielten sich unruhig. Referenten, Genossen S. Garzok, am Reden. Am einen geordneten Verlauf der Versammlung zu ermöglichen, bildeten unsere Parteigenossen den Moskauer einen Korreferenten zu, behielten aber auf Beschluß der Versammlung die Leitung in der Hand. — Genosse S. Garzok sprach durch seine eindrucksvolle Rede auch die Gegner in seinen Bann. Er konnte keine klaren, sachlichen Ausführungen ohne die geringste Entzündung beenden. — Wenig umschrieben wurde dann auch der kommunistische Korreferent Gen. H. angeführt. Die Versammlung endete dann ohne weitere Zwischenfälle.

Im Kreis Friedrichshagen sprach in den Andreasstrasse Genosse Daplein. Er war die Frage auf, ob wir den 9. November als einen Jubeltag ansehen dürfen. Gewiß habe sich noch nicht viel von den Hoffnungen erfüllt die an den Zusammenbruch des militärisch durchgeführten deutschen Obrigkeitsstaates geknüpft wurden. Zum großen Teil sei das die Schuld des Proletariats selber, das durch Uneinigkeit und Spaltung sich zerfleischt habe. Hat geschlossen dem Bürgertum entgegenzutreten (Zustimmung). Immerhin habe die Unmöglichkeit und manchen Fortschritt gebracht; mit der Republik ein freies Volkrecht, ferner den geschlichen Kostentag, eine Erwerbslosenfürsorge, das Betriebsrätegesetz. Unter den vielen Forderungen, die noch der Erfüllung harren, nannte der Referent besonders die Sozialisierung, zu der man allerdings nur bei dazu reifen Vertrieben idellen könne. Gegen die Sozialisierung richte sich der Hauptwiderstand der bürgerlichen Klasse, weil sie von der Durchführung eine Schmälerung des Privatbesitzes zu erwarten

habe. Furcht vor dem Aufbau des Sozialismus und Hoffnung auf die Wiederkehr der Monarchie führten unsere Gegner zusammen. Zum Kampf gegen sie müsse die Arbeiterklasse einig sein. Gänzlich schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Einheit der Partei in dem Augenblick, wo die Gruppen der Revolution in Gefahr kommen. Am 9. November, dem Tage der Revolutionsfeier, möge die Arbeiterklasse geloben, zu kämpfen bis zur Verwirklichung der Ziele des Sozialismus. (Lebhafter Beifall). — Eine Diskussion fand nicht statt. Gegner schienen nicht amwesend zu sein, wenigstens machte keiner sich durch Störungen bemerkbar. Mit einem Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie endete die Versammlung.

Im Bürgerklub des Schöneberger Rathauses sprach vor nicht befülltem Saale Genosse Reichstagspräsident Lohse. Er führte etwa folgendes an: Revolution kann nicht gemacht werden, wie die Kommunisten glauben machen wollen, sie kann aber auch nicht aufgehalten werden, wenn, wie 1918, ein Volk wie das kaiserliche Regime so gründlich abgewirtschaftet hat. Unsere Gegner von rechts bezichtigen das ganze Volk der heutigen Zeit als eine Folge der Revolution, aber die Quelle alles Übels ist der Krieg. Das alte Regime hat der jungen Republik ein unendlich trauriges Erbe hinterlassen: Eine Million arbeitsunfähiger junger, kräftiger Männer sind nicht wieder ersetzt, Millionen Witwen und Waisen, 400.000 völlig Erwerbsunfähige erwarten vom Reich ihren Unterhalt und heute noch liegen 40.000 Verstümmelte in den Lazareten. Die Kosten für den verlorenen Krieg sind enorm, aber auch demoralisierend hohe der Krieg gewirkt. Vor dem Kriege habe keine Partei daran gedacht, der anderen ihre Anschauungen mit Handgranaten aufzubringen. Hier kann nur die Zeit heilend wirken. Unsere Gegner von rechts halten ihre Zeit bald wieder für gekommen, aber das mögen sich die Kapp und Deggler gesagt sein lassen, die Zeit der Obrigkeitsherrschaft ist endgültig vorbei. Die Arbeiterklasse wird die Republik zu verlebigen wissen. Die Revolution ist nicht vorbei, der politischen — muß die soziale Revolution folgen.

Im Eilmischen Brauhause, Landsberger Allee, hatten sich etwa 500 Genossen und Genossinnen der 10. bis 22. Abteilung versammelt. An Stelle des nicht erschienenen Referenten Genossen Helmreich sprach Genosse Mann. Er schilderte in kurzen Zügen den Werdegang der Revolution, streifte die politische und wirtschaftliche Lage und betonte, daß nur die Geschlossenheit der Arbeiter und über die höhere Welt hinwegbringen und der Reaktion ein Paroli bieten könne. Der Versammlungsleiter, Genosse Wille, unterstrich die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen wirkungsvoll. Nach Auforderung, für die Stärkung der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder Sorge zu tragen und rege Agitation für den „Vorwärts“ zu entfalten, wurde die gut besuchte Versammlung nach Annahme folgender Resolution und Abingung der Parteikasse geschlossen: „Die Versammelten sind bereit, mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß die deutsche Sozialrepublik zum Wohle des Volkes gesichert wird, sie sind ferner bereit, mit Gut und Blut einzutreten für die Sicherung der Volksgerechtigkeit und fordern die energische Förderung der Sozialisierung. Sie sehen hierin den einzigen Weg zur Bekämpfung unseres deutschen Volkes. Die Versammelten geloben, einzuwirken für die Prinzipien der Sozialdemokratischen Partei.“ — Eine wohlgeleitete Abendveranstaltung vereinigte die Genossen nach ihren Angehörigen am Abend in demselben Lokal. Den Darbietungen des Saramm-Trios, der Sängerin Hrl. Busch, des Herrn Maden vom Deutschen Theater, dem Gesangsverein „Nomenlos“ sowie dem Genossen Heller als Festredner wurde starker Beifall gezollt.

In der Bodbrauterei (Krausenstraße) sprach an Stelle des Genossen Müller der Genosse Weide. Der Redner würdigte die Bedeutung des Tages. Die industrielle Umwälzung Deutschlands schließend, zeigt er auf der einen Seite das Empfinden des Kapitalismus, auf der andern das Anwachsen des Proletariats als Ausgeborene. Rückblickend auf die Orfer, die wir und unsere Vorgänger gebracht haben, stehen wir heute als Millionenpartei da. Den Parteimitgliedern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stellen wir unsere Forderungen gegenüber. Mögen unsere Unterdrückten und alles nehmen, den Glauben an den Sieg des Sozialismus nimmt man und nicht. Was wir seit dem 9. November erreicht haben, ist nur ein Stück politischer Freiheit; es ist das Verdienst der Sozialdemokratie, diese Errungenschaften erkämpft zu haben. Bekämpfen wir den Umvertrieb der Massen, machen wir diese Leute lebend und denkend. Unser Kampf ist ein geistiger Kampf. Die Sicherung der Revolution und ihr Aufbau unser Ziel. Nach einem Schlußwort unserer Sängervereine schließt der vorstehende Danks die würdig ablaufende Versammlung.

Die zweite Versammlung der Genossen des Kreises Wedding fand im Volkstheater statt. Das Referat hatte Genosse Buschitz übernommen, der unter lebhafter Zustimmung die Aufgaben schilderte, die eine klassenbewußte Arbeiterklasse noch zu lösen hat. Auch hier legten die Versammelten das Gelübnis ab, durch tätige Mitarbeit die Partei auszubauen, weil nur eine leistungsfähige, in sich geschlossene sozialistische Bewegung die Vorkämpfer für Erfolge in der Republik sein können.

In der Bodbrauterei, Turm, Gde. Strassenstraße, referierte bei sehr gutem Besuch Genosse Schäfer, der anschließend an einen historischen Rückblick die Widerstände trefflich darlegte, die heute stärker denn je den Aufstieg des Volkes verhindern. Seine Ausführungen klangen in die Mahnung zur Wachsamkeit und zum Schutze der Republik gegen alle Anschläge der Reaktion aus. Quartettgesang eröffnete und schloß die würdig ablaufende Versammlung. — Abends füllten den Saal die Genossen mit ihren kantigen buchstäblich dichtgedrängte bei Beleuchtung von drei Benzolampfen, die der Bestimmung keinen Abbruch taten. Die Festrede hielt der Kreisvorsitzende Genosse Weigle, der zur Einschärfung gegen die Reaktion aufrief. Darbietungen des Männergesangsvereins Berliner Wiederfreunde sowie Rezitationen von Paullein Erbach und Bielschlag von Herrn Vogel beschäftigten den Ausführenden des Kreises.

Spanien. Im Neuen Stadttheater referierte Gen. E. Vernein vor circa 1600—1700 Zuhörern. Kommunisten verurteilten die Versammlung zu beeinflussen. Geschlossen saßen sie in Stühle von 150 Mann in den Saal zur Tribüne. Vom Genossen R. K. und der Versammlung in die Schranken verworfen, beschränkte sie sich auf Zwischenrufe, die vom Genossen Vernein sofort zurückgewiesen wurden. Darauf hörte die Versammlung in großer Ruhe die Ausführungen des Redners an und befand sich lebhaften Beifall. Genosse Künzinger schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf die Republik und die Sozialdemokratische Partei, das von der ganzen Versammlung aufgenommen wurde. Die Versammlung ist als ein Erfolg zu werten, da die kommunistischen Versammlungen am Sonntag möglich und die der Rechtsunabhängigen mit Überwindung am heutigen Tage nicht erheblich besucht waren.

Reinickendorf. Im Schönehaus lauschten etwa 500—600 Personen mit Interesse den vortrefflichen Ausführungen des Genossen Häußler. Der Referent, oftmals von den anwesenden „Neukommunisten“ stürmisch unterbrochen, verstand es, in geschickter Weise diese Leute zum Schweigen zu bringen. In der darauffolgenden Aussprache meldete sich ein Neukommunist zum Wort. Seine Ausführungen wurden jedoch von den Genossen Lohrenz und Damaskale so gut zurückgewiesen, daß Häußler gar nicht mehr darauf eingehen brauchte. Nach abschließenden Ausführungen des Genossen Sonnenschein, rege für die Partei und den „Vorwärts“ zu machen, wurde die Versammlung, die als guter Erfolg zu buchen ist, mit einem Hoch auf die internationale, völkerverbindende Sozialdemokratie geschlossen.

Kempthof. Vortragsabend im Saale des „Livol“ eine gut besuchte und eindrucksvolle Festversammlung... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Bohnendorf. Im Schwanen-Lokale haben sich die Genossen vielfach mit ihren Familienangehörigen in feierlicher Versammlung... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Revolutionsfeiern im Reich.

Wie uns ein Drahtbericht aus Hamburg meldet, fand dort am Montag eine große Revolutionsfeier der Arbeiterjugend bei Rodelsheim auf der Reetwiese statt... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Die Revolutionsfeier in Magdeburg verlief am 9. November bei voller Arbeit ohne Störung... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Dem Auftakte der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsvereins an die revolutionäre Arbeiterkraft zur Arbeit... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Groß-Berlin

Der falsche Habsburger.

Hundert-Millionengeschäfte eines Hochstaplers.

Mit den Millionengeschäften eines falschen Grafen befaßte sich seit einiger Zeit mehrere Kriminalbehörden... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Der Mann wohnte unter dem Namen Dr. Kornfeld seit dem Frühjahr dieses Jahres in Görlitz... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Die Berliner Kriminalpolizei ermittelte sich schon vor sechs Monaten in Görlitz nach Dr. Kornfeld... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Der Leidiener, den er sich selbst, war ein ehemaliger Mitgefangener... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Riesenverkehr auf der Stadtbahn.

Wegen des Ausfalles sämtlicher übriger Verkehrsmittel war am Dienstag die Berliner Stadt- und Ringbahn außerordentlich stark belastet... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

„Vorwärts“-Agitation!

Die heutigen Veranstaltungen der Partei seien daran erinnert, daß auf Beschluß des Bezirksverbandes Groß-Berlin... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

am 21. November eine „Vorwärts“-Agitation stattfinden.

Trefft die Vorbereitungen! Die einzelnen Zahlbezirke müssen die „Vorwärts“-Liste in den Expeditionen abschreiben... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Überfall auf einen Postwagen.

Von einer schlagkräftigen Räuberbande wurde ein Postwagen in Treptow überfallen... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Große öffentliche Sternversammlung am Freitag, den 12. November... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik im Textilgroßhandel.

Mit dem Thema „Herrschend und Beherrschter im Textilgroßhandel“ hatte die Zentralkommission zu einer öffentlichen Versammlung am 8. d. M. zu Pöppow eingeladen... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Trotz dieser miserablen Gehaltsverhältnisse im Textilgroßhandel beweisen die Arbeitgeber nicht die geringste Einsicht... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Die betrieblite Organisation.

Die Betriebsstelle Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Die Angehörigen, die seit 1912 im Dienste des Verbandes sind und ihre Obliegenheiten während dieser Zeit getreu erfüllt... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Streik in der sächsischen chemischen Industrie.

In der gesamten chemischen Industrie Sachsens ist ein Streik infolge Lohnunterschieden bevorstehend... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Deutscher Wertarbeiter-Verband, Berlin 17, Freitag, 12. Novbr., nachm. 5 Uhr: Mitgliederversammlung im Regendampfer... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, 10. November:

- 10. Nov. 7 Uhr in der Schulania, Reichenderger Straße, Ecke Forster Straße: Abteilungsversammlung.
- 22. Nov. 7 1/2 Uhr bei Steffen, Landbörner Allee 150: Funktionärstagung.
- 23. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 24. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 25. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 26. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 27. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 28. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 29. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.
- 30. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Franke, Bräsenallee 20.

Morgen, 11. November:

- 1. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vögelerspark, Anwartsamende 2.
- 2. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vögelerspark, Anwartsamende 2.
- 3. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vögelerspark, Anwartsamende 2.
- 4. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vögelerspark, Anwartsamende 2.
- 5. Nov. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vögelerspark, Anwartsamende 2.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Seminar-Kolonie Reichthal: 1. Instandsetzung der... Die Beschlüsse des Sängerkorps der S.P.D.

Heran für den redakt. Teil: Dr. Werner Feiler, Charlottenburg: für Kunstgen.: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

METROPOL
Bühnenstraße 84
12 Attraktionen.

Brillen Brillanten
Juwelen jeder Art
12 Attraktionen.

Säle
für Versammlungen, Vereine etc.
Berl. Vereins- u. Kongresshalle
Königsplatz 10.

Pianos
Flügel, Gebraucht u. neu,
in allen Preisen und Größen.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.

Verkäufe
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.
Wegandstraße 37 II.